

1. Neue Wege in eine gute Zukunft

1.1 Finanzen

Die Situation

Unsere Stadt ist weiterhin so hoch verschuldet, dass sie bei einer vom Land NRW zu tragenden Entschuldung mit zu den am höchsten verschuldeten Gemeinden gehören würde. Per 31.12.2017 gibt das Land NRW die Verschuldung der Stadt mit knapp 175 Mio € an.

Unsere Ansichten

- Die Politik der SPD der letzten Jahrzehnte hat diese Verschuldung zu verantworten. Ohne einen nachhaltigen Politikwechsel ist es nicht möglich, die Finanzen der Stadt auf ein zukunftsfähiges Fundament zu stellen.
- Die Freien Demokraten werden sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Realsteuern nicht erhöht werden, solange dies durch sinnvolle Kosteneinsparungen vermieden werden kann.
- Vor dem Hintergrund, dass jeder Euro, der bei Personalkosten und sonstigen Haushalten der Stadt ausgegeben wird, erst einmal durch Steuern und Umlagen eingenommen werden muss, ist es notwendig auch Personalkosten zu reduzieren.
- All dieses kann nur in Zusammenarbeit mit den Personalratsvertretern und den Führungskräften der Stadtverwaltung erfolgen.

Unsere Ziele

- Die Freien Demokraten fordern eine kritische Bestandsaufnahme und eine Neustrukturierung der Finanzen.
- Die Personalkosten, der größte Kostenblock der Stadtverwaltung, sind kritisch zu prüfen, und eine Umgestaltung ist in geeigneten Bereichen anzustreben.
- Eine stärkere Digitalisierung der Abläufe in den Prozessen der Stadtverwaltung soll dazu führen, dass in bestimmten Bereichen Abläufe gestrafft und ablaufoptimiert werden können.
- Kosteneinsparung sollen nicht durch demotivierende Beförderungssperren für Verwaltungsmitarbeiter, sondern durch Abschmelzen nicht mehr benötigter Stellen bei gleichzeitigem Einsatz von im Beamtenrecht zulässigen finanziellen Motivationsanreizen der Mitarbeiter der Stadtverwaltung erfolgen.
- Alle Leistungen der Stadt sind auf Ihre Kostenrelevanz weiterhin zu prüfen.

- Wo möglich sollte auf Papier verzichtet werden, um somit Abläufe durch elektronische Abläufe zu beschleunigen und unnötige Posttransporte im Rathaus zu vermeiden.
- Durch die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen und die Zusammenlegung von doppelt besetzten Dienststellen sollen Kosten und unnötige Doppelarbeiten vermieden und eingespart werden.
- Sollten die Maßnahmen zur Kosteneinsparung nicht ausreichen, ist als letztes Mittel der Einsatz externer Unternehmensberater zu prüfen.